

Drei Verletzte bei Unfällen auf der A38

Sollstedt – Bei zwei Unfällen auf der A38 haben sich drei Menschen verletzt. Rettungskräfte hätten zwei von ihnen mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus gebracht, teilte die Polizei mit. Das Auto des Ehepaars aus Mülheim an der Ruhr kam am Nachmittag bei regennasser Fahrbahn kurz vor der Grenze zu Sachsen-Anhalt von der Straße ab und überschlug sich. Die 31 Jahre alte Fahrerin war laut Polizei zu schnell gefahren und hatte die Kontrolle über das Auto verloren. Lebensgefahr bestand für die beiden nicht.

Leicht verletzte sich außerdem eine Autofahrerin bei Sollstedt (Nordhausen) bei einem Unfall. Die 21-Jährige kam aus zunächst ungeklärter Ursache von der Straße ab und prallte gegen die Leitplanke. Dabei erlitt die Frau Blutergüsse, Prellungen und einen Schock. Der Sachschaden lag bei 7000 Euro. *dpa*

in Südthüringen

64-jähriger Radfahrer bei Unfall getötet

Dingelstädt – Ein Radfahrer ist am Donnerstagmorgen im Landkreis Eichsfeld bei einem Zusammenstoß mit einem Lastwagen getötet worden. Ersten Erkenntnissen zufolge wurde der 64 Jahre alte Mann in Dingelstädt in einer Kurve von dem Lastwagen erfasst, wie eine Polizeisprecherin sagte. Demnach soll der 64-Jährige Vorfahrt gehabt haben. Der Mann starb noch am Unfallort.

Falscher Fuffziger für richtiges Wurstpaket

Apolda – Wurstwaren im Wert von 27 Euro hat ein Gaunerpärchen in einer Fleischerei in Apolda mit einem falschen 50-Euro-Schein bezahlt. Erst als die Käufer den Laden verlassen hatten, kam der Verkäuferin der Schein verdächtig vor. Sie brachte ihn zur Polizei. Der etwa 30 bis 35 Jahre alte mutmaßliche Täter sprach mit süddeutschem, österreichischem oder Schweizer Dialekt. *maz*

Anhänger mit Mais kippt um: Hoher Schaden

Straußfurt – Beim Unfall eines mit Mais beladenen Traktorgespans auf der Bundesstraße 4 zwischen Straußfurt und Greußen ist ein Sachschaden von rund 120000 Euro entstanden. Laut Polizei schaukelte sich der Anhänger des Gespanns derart auf, dass er sich von dem Traktor löste. Während der Traktor auf einem Feld zum Stehen kam, kippte der Anhänger um und wurde komplett zerstört.

www.insüdthüringen.de

zurückgeblättert

Vor 20 Jahren: Gericht erlaubt Zwangsfusionen

Vier Jahre nach der Übernahme erklärt der Thüringer Verfassungsgerichtshof am 8. September 1997 die Eingemeindungen von drei Dörfern für rechtmäßig. Die Beschwerden der Dörfer Trebnitz und Hain (jetzt Gera) und Legefild (Weimar) werden als unbegründet zurückgewiesen. Der Gesetzgeber habe grundsätzlich das Recht, über Eingemeindungen zu entscheiden. Die müssten aber gut begründet sein, so die obersten Thüringer Richter.

online

Die meistgeklickten Beiträge auf insüdthüringen.de am Donnerstag

■ **Auto landet in Hildburghausen am Baum – Totalschaden**

■ **Frau seit 30 Jahren vermisst – Polizei geht neuer Spur nach**

Schneller informiert mit der kostenlosen App: www.insth.de/service/apps



Neue Anlage für radioaktive Medikamente eröffnet

An der Zentralklinik Bad Berka (Kreis Weimarer Land) ist am Donnerstag eine neue Anlage zur Herstellung schwach radioaktiver Medikamente für Diagnostik und Therapie offiziell in Betrieb gegangen. In die in rund dreijähriger Bauzeit entstandene Radiopharmazie haben Rhön-Klinikum AG und Stadt Bad Berka rund 11 Millionen Euro investiert. Herzstück der Anlage ist ein Teilchen-

beschleuniger (Zyklotron) zur Herstellung radioaktiver Isotope für nuklearmedizinische Untersuchungen. Es ist laut Gesundheitsministerium das einzige derartige Gerät in Thüringen. Nuklearmedizinische Untersuchungen sind Teil der Krebsdiagnostik. Mithilfe schwach radioaktiver Medikamente lassen sich Krebszellen bei bildgebenden Untersuchungen sichtbar machen. *dpa*

NABU-Experte: Wölfin allein für Attacken zuständig

Was Thüringer Politiker nicht wahrhaben wollen, halten Experten für wahrscheinlich: Dass die Serie von Attacken auf Schafe und Ziegen auf das Konto nur eines Wolfes geht. Die AfD will ihn abschieben.

Von Eike Kellermann

Erfurt – Silvester Tamas, Wolfs-Experte beim Naturschutzbund (NABU), gibt sich keinen Illusionen hin. „Die Realität spricht eine eindeutige Sprache“, sagt er. Die Realität: Das sind seit Juli 50 tote Schafe und 10 tote Ziegen bei acht Attacken rund um den stillgelegten Truppenübungsplatz Ohrdruf. Hier lebt die bisher einzige in Thüringen heimisch gewordene Wölfin.

Dass „unsere“ Wölfin dafür verantwortlich ist, wollen einige Landespolitiker nicht wahrhaben. Zwei Jahre sei nichts vorgefallen, sagt Umweltministerin Anja Siegesmund (Grüne). Sie könne sich nicht vorstellen, dass die Wölfin plötzlich so viele Nutztiere reißt. „Es könnte sich um einen verhaltensauffälligen Ein-

zelwolf oder um einen Hybridwolf handeln.“ SPD-Politikerin Dagmar Becker vermutet ebenfalls, dass die Attacken von einem Hybriden, einem Mischling aus Wolf und Hund, verübt wurden. „Das kriegt doch eine Wölfin nicht hin“, sagt sie.

Für Wolfs-Experten Tamas sieht die Realität anders aus. Dabei darf der NABU als großer Beschützer des Wolfs gelten, der sich seit einiger Zeit wieder in Deutschland ansiedelt und wichtig für ein intaktes Ökosystem ist. „Ahuuu – willkommen Wolf!“ begrüßt er das Raubtier auf seiner Internetseite. Der Naturschutzbund wird die Aufregung um die Attackenserie sicher nicht anheizen. Verniedlichen hilft aber auch nicht weiter.

Kein Rudel

Tamas geht davon aus, dass die 60 gerissenen Schafe und Ziegen wohl allein auf das Konto der einen Wölfin gehen. „Da hilft kein Lamentieren. Wenn Wölfe das einmal machen, machen sie es wieder.“ Dass ein Hybridwolf oder gar ein Wolfsrudel am Truppenübungsplatz unterwegs ist, hält er für abwegig. Gerade in der Lern- und Spezialisierungsphase könne das Tier „ganz schön zuschlagen“, sagt er. Es töte auf Vor-

rat. Der Wolf mache es sich einfach, nicht anders als der Mensch. „Wenn um die Ecke ein Supermarkt aufmacht, geht man doch auch dahin, wo man das Essen am leichtesten kriegt.“

Das Problem ist für Tamas nicht der Wolf, der seinen Instinkten folgt. Die Weidetierhalter hätten ihre Tiere zu wenig geschützt. „Die Schäfer waren vorgewarnt. Doch sie haben unwissentlich zur jetzigen Situation beigetragen“, sagt der Experte. Offenbar brauche man erst den Schaden, bevor man klug werde.

Demnach war der Tisch für die Wölfin gut gedeckt – sie kam zu leicht an die eingepferchte Beute heran. Tamas sagt, das „Nonplusultra“ bei der Schafhaltung in Wolfsgebieten seien hohe Elektro-Netzzäune mit einer sogenannten Breitbandlitze, die den Wolf auch optisch abschrecke. Zudem müssten Spezialhunde die Herde bewachen. Habe man beides, „gibt es keinen Übergriff mehr“.

Vorige Woche verteilte das Umweltministerium Spezialzäune an Schäfer. Zwar wird die Anschaffung seit längerem bezuschusst, aber offenbar haben zu wenige Schäfer davon Gebrauch gemacht. Auch die Überwachung des Wolfes ist eher

eine Posse. Als sich die Wölfin in Ohrdruf ansiedelte, stellte der NABU Kamerafallen auf. Laut Tamas mussten sie aus Datenschutzgründen abgebaut werden, sonst wären 300 000 Euro Strafe fällig geworden. Ab nächste Woche sollen mit Erlaubnis des Umweltministeriums wieder Kameras installiert werden. Der Experte hält mindestens 10 für nötig.

Attacken auf Ministerin

Die Opposition attackiert indes die Umweltministerin. Siegesmund habe „viel zu spät erkannt, dass unverzüglich Klarheit über den Wolfsbestand um Ohrdruf geschaffen und valide Bestandszahlen ermittelt werden müssen“, sagt CDU-Politiker Egon Primas. Nach seiner Ansicht passt der Wolf „nicht zu der für die Thüringer Kulturlandschaft so wichtigen Weidetierhaltung“. Der Konflikt werde sich verschärfen, wenn nicht „unverzüglich“ gehandelt werde. Für die CDU gehört zum Handeln auch die Jagd auf den Wolf. AfD-Politiker Olaf Kießling fordert, den „Problemwolf“ einzufangen und nach Sibirien zu bringen. Der Umweltminister wirft er eine „absurde“ Politik vor: „Mit ihrer jetzigen Politik füttert sie Wölfe mit Schafen.“

Nach Anweisungen zum Missbrauch Reue gezeigt

„Ich zerreiße mich gedanklich, schlafe kaum noch und bereue diese Geschehnisse zutiefst“ – ein 34-jähriger aus Thüringen zeigt vor Gericht Reue für seine Anweisungen zum Missbrauch einer Zweijährigen.

Erfurt – Im Prozess wegen Anweisungen zum sexuellen Missbrauch einer Zweijährigen vor dem Landgericht Erfurt hat der Angeklagte gegenüber der Mutter des Opfers Reue gezeigt. Während der Haft sei ihm „immer mehr bewusst geworden, welche abscheuliche Tat ich unterstützt und begangen habe“, sagte der Verteidiger am Donnerstag im Namen seines Mandanten. Ihm sei klar, dass er dafür eine Strafe erhalte. Der

Vorsitzende Richter, Holger Pröbstel, schloss eine Bewährungsstrafe nicht aus. Plädoyers und Urteil werden für Freitag erwartet.

Dem Angeklagten – ein 34-jähriger, gelernter Handelsfachmann aus Gotha – wird vorgeworfen, einem Mann aus Lübeck im vergangenen Jahr via Video-Chat Anweisungen zum Missbrauch seiner Tochter gegeben und dabei zugesehen zu haben. Richter Pröbstel zeigte sich am Donnerstag angesichts der Tat-Details schockiert – obwohl er einiges gewöhnt sei. „Das ist real gewesen. Da lag dieses Kind“, sagte er zu dem Angeklagten. Gleichzeitig sagte er, es könne auf eine Bewährungsstrafe hinauslaufen. Der Angeklagte habe ein weitgehendes Geständnis angeklagt und einen Täter-Opfer-Ausgleich angestrengt.

Der 34-Jährige versuchte am Donnerstag zunächst selbst, den an die

abwesende Mutter gerichteten Brief vorzulesen, übergab dann jedoch unter Tränen an seinen Verteidiger. Ihm sei unverständlich, wie er sich aus Dummheit und Langeweile zu der Tat habe hinreißen lassen können. „Ich zerreiße mich gedanklich, schlafe kaum noch und bereue diese Geschehnisse zutiefst.“ Er denke über

Aus dem Gerichtssaal

eine nachhaltige Wiedergutmachung nach und wünsche sich, dass das Mädchen behütet und sorgenfrei aufwache. Richter Pröbstel bewertete den Brief positiv: „Es ist nicht allzu gewöhnlich, dass so was vorkommt“.

Der Angeklagte hatte über Monate hinweg Video-Kontakt zu dem Mann aus Lübeck. Eigentlich sei er nicht wegen pädophiler Fantasien in den Chaträumen unterwegs gewesen. Ei-

nige Wochen oder Monate vor der Festnahme habe er jedoch sein Interesse an Kindern bemerkt. Er forderte den Mann in Lübeck der eigenen Aussage zufolge immer wieder zu konkreten Missbrauchs-Handlungen an dessen Tochter auf und sah dabei zu.

Gegen den Mann aus Lübeck war bereits im Juni ein Urteil gesprochen worden. Die Richter verurteilten den damals 29-jährigen zu zehn Jahren und neun Monaten Haft, weil er nach ihrer Überzeugung seine zweijährige Tochter über Monate immer wieder vergewaltigt, gequält und dabei gefilmt hatte. Zudem ordneten sie die Unterbringung in der geschlossenen Psychiatrie an. Einen Mittäter verurteilten sie zu zehn Jahren Gefängnis. Bundesweit wird gegen mehr als 50 Männer ermittelt, die den Missbrauch live im Internet verfolgt haben sollen. *dpa*

Themar-Bündnis fordert Gesetz zu Rechtsrock

Themar – Das Bündnis für Demokratie und Weltoffenheit Kloster Veßra hat den Landtag aufgefordert, mit einem Landesgesetz Nazi-Konzerte unter dem Deckmantel der Versammlungsfreiheit zu verhindern. „Schaffen Sie eine eindeutige gesetzliche Abgrenzung zwischen kommerziellen Veranstaltungen und politischen Versammlungen“, heißt es in einem am Mittwoch übergebenen offenen Brief an die Fraktionen von CDU, SPD, Linken und Grünen. In Themar hätten die Rechtsextremen „unverhohlen ein Grundrecht missbraucht, um finanzielle Mittel für die rechte Szene zu generieren“, erklärte Bündnispartner Thomas Jakob.

Themar war im Juli als Schauplatz von zwei Konzerten der rechtsextremen Szene mit etwa 7000 Teilnehmern in die Schlagzeilen geraten. Auf Kritik stieß, dass die Ordnungsbehörden die Veranstaltungen als politische Versammlungen genehmigt hatten. Mehrere hundert Gegner der Rechtsextremisten hatten sich an friedlichen Protesten beteiligt, die von dem aus verschiedensten Gruppen bestehenden „Bündnis Kloster Veßra“ organisiert waren.

Das Bündnis kritisiert die mangelnde Unterstützung der Proteste. „Leider wurde durch Verwaltungen, Ordnungsbehörden und auch durch politische Vertreter versucht“, den Zusammenhalt der Gegenprotestierer „zu stören“, so der Sprecher.

Wie es in dem Schreiben weiter heißt, sollen die Adressaten als Politiker und Verantwortungsträger klar Position beziehen und eindeutig rechtsextremistische Umtriebe ablehnen. Dazu müssten sie auf die Menschen zugehen. Die Landtagsabgeordneten seien Teil der Demokratie und in der Pflicht, diese zu verteidigen. „Haben Sie den Mut, alle rechtlichen Mittel auszuschöpfen, um solche Veranstaltungen zu unterbinden oder mit einer Politik der Nadelstiche derartige Zusammenkünfte zu erschweren“, so der Appell an die Adresse von Abgeordneten und örtlichen Behörden. *er*

Mehr Ärzte behandeln mehr Patienten

Erfurt – In Thüringens Krankenhäusern behandeln immer mehr Ärzte immer mehr Patienten. 5050 Ärzte kümmerten sich im vergangenen Jahr um 588 633 stationär aufgenommene Patienten, wie das Landesamt für Statistik am Donnerstag mitteilte. 2015 waren es 4953 Ärzte und 582 837 Patienten gewesen, die durchschnittlich 7,7 Tage im Krankenhaus bleiben mussten. Die sogenannte Verweildauer blieb mit 7,6 Tagen 2016 nahezu gleich. Im Rückblick auf das Jahr 2000 wird der Anstieg der Zahlen noch deutlicher: Damals nahmen 3258 Ärzte 517 691 Krankenhausfälle unter ihre Fittiche.

Freies Wort

Herausgeber: Sühler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Geschäftsführer: Ulf Kieglendal
Redaktion
Chefredakteur: Walter Hörmann (v.i.S.d.P.)
Stellvertreter: Markus Ermet
Chef vom Dienst: Jens Wenzel
Lokalausgaben: Bad Salzungen, Hildburghausen, Ilm-Kreis, Meiningen, Neuhaus, Schmalkalden, Sonneberg, Suhl
Redaktionelle Kooperation mit der Südhüringer Zeitung, Bad Salzungen
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszuweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen nur nach schriftlicher Genehmigung.

Verlag
Anzeiger: Stefan Sailer (verantwortlich); Anschrift: HCS Medienwerk GmbH, Steinweg 51, 96450 Coburg.
Zustellungsgebiete: Anzeigenpreisliste Nr. 25 der Südhüringer Presse Plus vom 1. 1. 2017.
Monatlicher Bezugspreis 29,90 Euro (einschl. 7 % MwSt.).
Postbezugsabonnemnt 35,90 Euro. E-Paper für Abonnenten 3,90 Euro. E-Paper online only 20,90 Euro.
Das Bezugsgebiet wird monatlich im Voraus erhoben. Abbestellungen sind nach Ablauf der Verpflichtungszeit zum Monatsende möglich und müssen bis spätestens 5. des Monats schriftlich im Verlag vorliegen. Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages, etwa im Falle von höherer Gewalt oder bei Arbeitskämpfen, besteht kein Entschädigungsanspruch.

In Zusammenarbeit mit den Stuttgarter Nachrichten, verantwortlich: Dr. Christoph Reisinger; Nachrichtenagenturen: dpa, epd und sid.
Sühler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
Anschrift von Redaktion und Verlag: Schützenstraße 2, 98527 Suhl
Postfach 10 01 51, 98490 Suhl
zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle in Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten
Telefon: 03681/851-0. Fax: 03681/851-211, -225.
E-Mail: redaktion@freies-wort.de
Lesertelefon der Redaktion: 03681/851-200
Aboservice: 03681/8879996
Anzeigen-Service: 03681/8879997
Service-Fax: 03681/8879998
„Freies Wort hilft“ e.V. – MITEINANDER-FÜREINANDER: Gemeinschaftliches Spendenkonto: IBAN: DE39840510017050170170
Druck: Main-Post GmbH & Co. KG
Bernert Straße 2, 97084 Würzburg